

NATIONALRAT
Frühjahrssession 2018

Fragestunde vom 5. März 2018

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

18.5006 Feller. Wer wird die Buchhaltung von PostAuto zwischen 2016 und 2018 untersuchen?

Die von der Post angekündigte Untersuchung bezüglich PostAuto beschränkt sich auf die Unregelmässigkeiten zwischen 2007 und 2015. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) schreibt jedoch in einer Medienmitteilung vom 6. Februar 2018: "Seit 2016 wendet PostAuto Schweiz AG ein neues Rechnungsmodell an. [...] Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse ist davon auszugehen, dass das neue Rechnungsmodell dazu geführt hat, dass auch zwischen 2016 und 2018 zu hohe Abgeltungen bewilligt wurden."
- Wird der Bundesrat die Buchhaltung von PostAuto zwischen 2016 und 2018 untersuchen?
- Wenn ja, wann?

18.5007 Feller. Warum hat der Bundesrat nicht die Eidgenössische Finanzkontrolle mit der Untersuchung von PostAuto beauftragt?

Der Bund ist alleiniger Aktionär der Post.
- Welche Massnahmen hat der Bundesrat seit Bekanntwerden der PostAuto-Affäre am 6. Februar 2018 getroffen, um die entdeckten Unregelmässigkeiten in der Buchhaltung vollständig aufzuklären?
- Warum hat der Bundesrat nicht die Eidgenössische Finanzkontrolle mit einer unabhängigen Untersuchung der Buchhaltungspraxis bei PostAuto beauftragt?

18.5011 Maire Jacques-André. Wie sicher sind Kinder, die im Postauto zur Schule fahren?

PostAuto bietet offenbar seit geraumer Zeit diversen öffentlichen Einrichtungen ein städtisches Schulbus-System an, das konzessioniert sei. Unter dem Vorwand der Konzession unterliegen sie aber offenbar nicht denselben Sicherheitsvorschriften wie andere Schülertransporte.
- Ist dies tatsächlich der Fall?
- Wenn ja, wird diese mangelnde Strenge auf Kosten der Sicherheit von Schulkindern vom Bundesrat gebilligt?

18.5014 Jans. Basel. Ungenügender Schutz der Bevölkerung wegen veralteter Risikobeurteilung durch den Bund?

Der Bundesrat hat in der Interpellationsantwort 14.4232 angekündigt, die veraltete Screening- und Risikoermittlung von Gefahrguttransporten bis 2018 auf den neusten Stand zu bringen.
- Wann geschieht das?
- Kommt diese Aufdatierung zu Stande bevor der Bund die Einsprache des Kantons BS gegen das Plangenehmigungsverfahren der Ausbaustrecke Karlsruhe-Basel beurteilt?
- Werden in Basel notwendige Massnahmen zum Schutz vor Gefahrgutkatastrophen wegen veralteter Risikoabschätzung nicht eingefordert?

18.5016 Fluri. Rentabilität von Poststellen. Rechnerische Ausgangslage

Zurzeit betreibt die Post noch rund 1200 Poststellen. Bis 2020 sollen es noch 800 - 900 sein.

Von welchem Kostendeckungsgrad (Deckungsbeiträge I, II) für diese verbleibenden Poststellen geht die Post aus?

18.5018 Thorens Goumaz. Abschwächung der Anforderungen an die nukleare Sicherheit: Folgen weitere "Lex Beznau"?

Der Bundesrat will die Kernenergieverordnung revidieren, um den Weiterbetrieb des Kernkraftwerkes Beznau zu ermöglichen, obwohl er im Rahmen der parlamentarischen Beratung zur Atomausstiegsinitiative bekräftigt hatte, dass Kraftwerke geschlossen würden, sobald sie die Sicherheitsanforderungen nicht mehr erfüllen.

- Wie ist diese Aufweichung der Sicherheitsanforderungen zu rechtfertigen?
- Werden im Laufe der Alterung von Kraftwerken weitere solche Abschwächungen folgen?

18.5020 Sollberger. Preisdumping durch die SBB Cargo auf Kosten der Eigenwirtschaftlichkeit?

Die SwissSplit-Frachtpreise 2018 von SBB Cargo im kombinierten Güter-Binnenverkehr begünstigen die eigenen Umschlagstellen mit Preisnachlässen von bis zu -20 Prozent, während die Raten zu Umschlagstellen von Dritten um 3 Prozent steigen.

- Ist der SBB Cargo ein so diskriminierendes Preisdumping erlaubt?
- Wie steht der Bundesrat dazu, dass die defizitäre SBB Cargo so den Wettbewerb mit erfolgreichen privaten Unternehmen im Güterverkehr zerstört?
- Welche aufsichtsrechtlichen Abklärungen werden getätigt?

18.5024 Quadri. Lobbyisten mit "Blut an den Händen"?

Eine Mitarbeiterin der Beratungsstelle für Unfallverhütung soll sich in den Medien wie folgt zur Revision des Via-sicura-Pakets geäußert haben: "Kommt die Revision durch, wird Blut an den Händen der Autolobby kleben."

Hält es der Bundesrat für akzeptabel, dass eine Bundesangestellte diejenigen Personen als "Lobbyisten mit Blut an den Händen" qualifiziert, die eine Korrektur der offensichtlich überharten Regelungen von Via sicura fordern - Regelungen, die die Autofahrerinnen und Autofahrer zu Unrecht kriminalisieren?

18.5035 Aebischer Matthias. Kann die Schweizerische Depeschagentur die vereinbarte Leistung noch erbringen?

- Glaubt der Bundesrat, dass die stark redimensionierte Schweizerische Depeschagentur SDA die vertraglich vereinbarte Leistung mit dem Bund noch erbringen kann?

- Und, ist er bereit, auch die neue, gewinnorientierte SDA (Dividendenauszahlung) mit zwei Millionen Franken aus der Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen zu unterstützen?

18.5039 Romano. Schweizerische Depeschagentur (SDA): die Restrukturierung schadet der Mehrsprachigkeit

Die SDA gedenkt, 40 Stellen zu streichen. Die italienischsprachige Redaktion wird stark redimensioniert und formell und sachlich der französischsprachigen Redaktion untergeordnet werden.

- Was will der Bundesrat unternehmen, um sicherzustellen, dass innerhalb der SDA die Sprachen gleichgestellt sind?
- Gedenkt der Bund die Dienste der SDA auch dann noch zu abonnieren, wenn die Gleichstellung der Sprachen nicht mehr gewährleistet ist?
- Setzt die Unterstützung der SDA nicht voraus, dass die Sprachen gleich behandelt werden und den Minderheitssprachen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird?

18.5043 Fluri. Artikel 3 Absatz 1 litera c Postorganisationsgesetz. Aufhebung

Die aktuellen Diskussionen zeigen die Problematik der rechtlichen Ausgestaltung der Postauto Schweiz AG als hundertprozentige Gesellschaft der schweizerischen Post. Nachdem die Posttransporte heute weitestgehend vom öffentlichen Verkehr getrennt sind, stellt sich die Frage, ob die Postauto Schweiz AG nicht besser aus dem Mutterkonzern herausgelöst werden sollte.

Wie stellt sich der Bundesrat zu diesem Vorschlag?

18.5052 Feller. Wusste der Verwaltungsratspräsident der Post, dass Hunderte Fahrzeuge ungeprüft im Verkehr waren?

Die Tageszeitung Le Matin hat am 28. Februar 2018 aufgedeckt, dass Hunderte Fahrzeuge der Post ungeprüft im Verkehr waren und die Post den kantonalen Verkehrsbehörden falsche Informationen geliefert hatte. Die Konzernleiterin der Post war 2016 über das Problem informiert worden, hat es aber offenbar heruntergespielt.

- War auch der Verwaltungsratspräsident der Post über dieses Problem informiert?
- Wenn ja, was hat er unternommen?

18.5053 Regazzi. Schifffahrt auf dem Langensee: Was ist der Stand der Dinge?

Die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Schifffahrt auf dem Langensee hätten bis zum 28. Februar abgeschlossen sein sollen. Es scheinen aber grössere Hindernisse aufgetreten zu sein, die im Tessin Unzufriedenheit und vor allem Besorgnis auslösen. Daher frage ich den Bundesrat:

- Kann der Bundesrat bestätigen, dass es Probleme gibt?
- Falls ja: Um welche Probleme handelt es sich?
- Welche Rolle spielt das Bundesamt für Verkehr bei den Verhandlungen?
- Wann wird nach Ansicht des Bundesrates die festgefahrene Situation überwunden sein, damit diese wichtige Dienstleistung wieder aufgenommen werden kann?

18.5068 Barazzone. PostAuto: Wie lautet die (Ausstiegs-)Strategie im Falle einer Verurteilung in Frankreich?

Im Oktober 2016 verurteilte das Handelsgericht Lyon CarPostal France zu Schadenersatzzahlungen an einige französische Konkurrenzunternehmen in Höhe von 10,6 Millionen Euro wegen "unlauteren Wettbewerbs" und "rechtswidriger Staatssubventionierung" (mutmassliche Verletzung des Freihandelsabkommens von 1972).

Sollte das Beschwerdegericht das erstinstanzliche Urteil bestätigen:

- Plant PostAuto, ihre Tätigkeit (oder zumindest den Ausbau ihrer Tätigkeit) in Frankreich zu beenden?
- Wie wäre in diesem Fall die Ausstiegsstrategie?

18.5069 Barazzone. CarPostal France: Unterstützt der Bundesrat dieses Unternehmen weiterhin in seiner "Hunter"-Strategie in Frankreich (Ausbau der Tätigkeit, Teilnahme an neuen Ausschreibungen)?

Der Bundesrat hat 2017 die strategischen Ziele für die Schweizerische Post AG bis 2020 erneuert, insbesondere in Bezug auf deren Transportdienstleistungen im Ausland.

- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die Tätigkeit von CarPostal France nach wie vor den strategischen Zielen entspricht, die er der Post vorgegeben hat?
- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass CarPostal France diese Tätigkeit in Frankreich weiterführen sollte?

18.5070 Barazzone. Inwiefern stärkt die Tätigkeit von CarPostal France die Wettbewerbsfähigkeit von PostAuto Schweiz (gemäss den vom Bundesrat verabschiedeten Zielen)?

In seiner Antwort auf die Interpellation 14.3446 vom 27. August 2014 erklärte der Bundesrat: "Mit ihrer Tätigkeit in Frankreich kann [CarPostal France] [...] durch die Teilnahme an einem ausländischen Vergabeverfahren Erfahrungen sammeln, die ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Schweizer Markt stärken können."

Inwiefern stärkt die Teilnahme an Ausschreibungen in Frankreich (die sich deutlich von jenen in der Schweiz unterscheiden) die "Wettbewerbsfähigkeit" von PostAuto in der Schweiz?

18.5071 Barazzone. Hat CarPostal France Gewinn verzeichnet? Wenn ja, wann?

In seiner Antwort auf die Interpellation 14.3446 vom 27. August 2014 gab der Bundesrat an, CarPostal France "weis[e] mittlerweile positive Ergebnisse aus".

- Wurde der Bundesrat von der PostAuto Schweiz AG und/oder der Schweizerischen Post AG diesbezüglich richtig informiert?
- Haben CarPostal France und jede ihrer Tochtergesellschaften in den Jahren 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017 Gewinn gemacht?
- Wenn dies der Fall ist: Wurde dieser Gewinn ohne direkte oder indirekte Unterstützung der PostAuto Schweiz AG oder der Schweizerischen Post AG erwirtschaftet?

18.5072 Barazzone. Hat PostAuto Schweiz CarPostal France finanziert?

Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat festgestellt, dass die PostAuto Schweiz AG Gewinne von mehreren Dutzend Millionen Franken aus dem subventionierten Regionalverkehr unerlaubterweise umgebucht hat.

Haben die von der PostAuto Schweiz AG zu Unrecht bezogenen öffentlichen Gelder direkt oder indirekt die Finanzierung von direkter (Mittelzufluss, Verzicht auf Forderungen, Kapitalerhöhungen usw.) oder indirekter Unterstützung der CarPostal France oder von deren Tochtergesellschaften ermöglicht?

18.5085 Bächler Jakob. Kosten für das Management des Netzzuschlages

Mit dem neuen EnG wurde der Netzzuschlag zwar von 1,5 auf 2,3 Rp/kWh erhöht, aber auch zahlreiche neue Anforderungen für den Erhalt der Fördermittel geschaffen.

1. Gibt es Zahlen, welche indirekte, jährlichen Kosten mit dem Netzzuschlag anfallen? KEV, Investitionsbeiträge, Gewässersanierungen usw.?
2. Werden diese Kosten über den Netzzuschlag finanziert?
3. Wie und auf welche Organisationen werden diese Kosten verteilt?
4. Wie stark sind diese Kosten gegenüber früher angestiegen?

18.5086 Bächler Jakob. Trockenheit und Wassermangel bei Kleinwasserkraftwerken!

Gewisse Kleinwasser-KW müssen eine Mindestproduktion erzielen, um vom KEV zu profitieren. Als Referenz wird die durchschnittliche Produktion vor dem Ausbau genommen, +20 Prozent. Zum Vergleich wird jedes Produktionsjahr einzeln genommen. Auf Grund der Klimaveränderungen (Trockenheit) sind viele Anlagen vom KEV-Verlust bedroht.

1. Gibt es beim UVEK Überlegungen, wie das Risiko für betroffene Anlagen reduziert werden kann?
2. Können die Niederschlagsausfälle bei der Produktion berücksichtigt werden?

18.5088 Müller Leo. Berechnet die Post die Kosten für die Poststellen richtig?

Die Poststellen sind für die Gemeinden sehr wichtig. Sie gehören zum Service public. Die Post überarbeitet laufend das Poststellennetz und schliesst nach und nach solche. Die Post begründet diese Schliessungen mit der mangelnden Rentabilität. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Rentabilitätsberechnungen der Post korrekt erstellt werden und die Begründungen für die Poststellenschliessungen richtig sind?

18.5095 Carobbio Guscetti. Schifffahrt auf dem Langensee: Was beabsichtigt der Bund zu unternehmen, um diese wichtige Dienstleistung und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten?

Der letztjährige Streik der Angestellten der Firma Navigazione Lago Maggiore hat dazu geführt, dass seit Monaten Bemühungen am Laufen sind, um ein Konsortium ins Leben zu rufen, das die Wiederaufnahme der Schifffahrt auf dem Schweizer Becken des Langensees per 1. März 2018 erlauben würde.

Für den Fall, dass dies nicht passiert:

Welchen Plan B hat der Bund, um den Service public sicherzustellen und die Arbeitsplätze zu erhalten, auch in Anbetracht der Konzession, die er der Società italiana di Navigazione erteilt hat?

18.5101 Semadeni. SDA für Service public-Grundversorgung in allen Sprachregionen

Der geplante Umbau und Stellenabbau bei der SDA wird überall mit grosser Besorgnis zur Kenntnis genommen.

- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass in allen vier Sprachregionen auch in Zukunft die Medien auf eine Nachrichten-Grundversorgung bauen können?
- Wie kann er die Finanzierung spezieller sprachlicher Leistungen in und aus allen vier Sprachregionen für die Grundversorgung der Schweizer Medien z.B. über das Sprachengesetz oder aus den Empfangsgebühren sichern?

18.5116 Rytz Regula. Hat die Postchefin bzw. die Geschäftsleitung von Postauto 2017 einen Bonus verdient?

Der VR des Postkonzerns hat im Februar auf die Betrugsvorwürfe bei Postauto reagiert. Unter anderem sollen die Bonizahlungen von Konzernleiterin und GL Postauto bis zum Abschluss der internen Untersuchung sistiert werden.

- Ist es aus Sicht des Bundesrates zulässig, nach diesem Vertrauensverlust überhaupt Boni auszuzahlen?
- Ist das Bonusmodell der bundesnahen Betriebe (Post, SBB usw.) aus seiner Sicht noch zeitgemäss?
- Falls Nein: Wie setzt er ein modernes Vergütungssystem durch?

18.5119 Leutenegger Oberholzer. Chefinnen bei SRG und SRF

Die SRG ist das führende elektronische Medienunternehmen der Schweiz. Die Finanzierung erfolgt über Gebühren. Folglich sind auch die verfassungsmässigen Grundsätze zu beachten. Dazu gehört auch Artikel 8 Absatz 3 BV die rechtliche und faktische Gleichstellung der Geschlechter.

Der Bundesrat wird in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten.

- Wie ist der Anteil von Männern und Frauen in führenden Positionen bei der SRG, und
- wie ist der Anteil von Frauen in Führungspositionen bei SRF in allen Sprachregionen und insbesondere bei den publikumsnahen Sendegefässen (wie Talks, Tagesschau, zehn vor zehn etc.?)

Justiz- und Polizeidepartement**18.5001 Rickli Natalie. Kinderehen in der Schweiz. Aktuelle Zahlen**

In seiner Antwort auf meine Anfrage 16.1060 hat der Bundesrat geschrieben, dass die Fachstelle Zwangsheirat in den ersten 10 Monaten des Jahres 2016 Kenntnis erhalten hat von 42 Fällen von Ehen mit Kindern unter 16 Jahren und von 113 Fällen von Ehen mit Minderjährigen zwischen 16 und 18 Jahren.

- Verfügt die Fachstelle über Zahlen zu den Jahren 2016 und 2017?
- Wie hoch schätzt der Bundesrat die Dunkelziffer ein?
- Wie gedenkt er die Massnahmen gegen Kinder- und Zwangsehen weiterzuführen?

18.5002 Glättli. Wann unternimmt der Bundesrat endlich konkrete Schritte zur Anerkennung des Istanbul-Protokolls?

In der Antwort auf die Interpellation 17.3193 (Anerkennung des Istanbul-Protokolls zur wirksamen Untersuchung und Dokumentation von Folter durch den Bund) verweist der Bundesrat auf eine Arbeitsgruppe, welche sich mit dem Istanbul-Protokoll befasst. Durch das EJPD und eine Journalistin wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass diese Antwort so falsch ist.

- Warum?
- Was ist die korrekte Antwort?
- Ist der Bundesrat bereit, bei der Anerkennung des Istanbul-Protokolls endlich vorwärts zu machen?

18.5004 Imark. "Spezieller Situation" von Asyl-Querulanten gerecht werden

Die BaZ veröffentlichte jüngst mehrere Reportagen über minderjährige Asylanten (UMA) aus Ostafrika, die jegliche Kooperation verweigern, integrations- und arbeitsunwillig sind. Gemäss geltendem Asylrecht ist "den besonderen Aspekten von minderjährigen Flüchtlingen Rechnung zu tragen."

- Welche konkreten "Aspekte" kommen in der Praxis vor, die bei UMAs speziell zu berücksichtigen sind?
- Inwiefern fehlen im geltenden Recht Grundlagen, um erzieherische Massnahmen bei Asyl-Querulanten durchzusetzen?

18.5015 Kälin. Muslimische Seelsorge im Bundesasylzentrum Juch

Trotz äusserst positiven Rückmeldungen wurde beschlossen das Projekt "muslimische Seelsorge" im Bundesasylzentrum Juch bereits Ende Juni zu beenden.

- Wieso zieht sich der Bund aus der Finanzierung dieses erfolgreichen Projektes zurück?
- Wurde aktiv nach anderen Finanzierungsmodellen gesucht?
- Wenn ja, welche möglichen Partner wurde miteinbezogen?
- Wenn nein, wieso nicht?
- Wie sieht der Bund die Zukunft muslimischer Seelsorge in Bundesasylzentren und anderen vom Bund (mit)getragenen Institutionen?

18.5017 Fluri. Muslimisches Seelsorgeprojekt im Asylzentrum Zürich-Altstetten. Weitere Finanzierung

Offenbar fehlen die finanziellen Mittel für eine Weiterführung des erwähnten Pilotprojektes für eine muslimische Seelsorge im Auftrag des SEM. Laut einem Evaluationsbericht zeitigt dieses Projekt "positive Resultate". Es entspricht der Absicht des Nationalen Aktionsplanes zur Verhinderung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus vom Dezember 2017.

- Stehen für eine Fortsetzung dieses Projektes tatsächlich keine Mittel mehr zur Verfügung?
- Wie könnten solche kurzfristig sichergestellt werden?

18.5021 Steinemann. Warum kann Österreich die Sozialhilfe für Migranten kürzen und die Schweiz nicht?

Die österreichische Regierung wird Zuwanderer fünf Jahre nach Zuzug von Sozialhilfe ausschliessen. Für Flüchtlinge sollen tiefere Leistungssätze als für die Einheimischen gelten. Beides ist laut Bundesrat aufgrund internationaler Abkommen (Genfer Konvention, PFZ) in der Schweiz nicht möglich.

- Welche Verträge haben wir unterschrieben, die für Österreich nicht gelten?
- Gelten andere Verträge als für uns, oder nimmt sich dieser Staat einfach das Recht heraus, die Regeln in seinem Interesse zu interpretieren?

18.5022 Steinemann. Gültige Arbeitsverträge neu als PFZ-widrige Voraussetzung?

Die EU hat auf 19 Seiten Verstösse der kantonalen Migrationsämter gegen das PFZ aufgelistet. Danach dürfen offenbar letztere nicht mal die gültigen Arbeitsverträge der Zuwanderer kontrollieren.

- Wie haben die EU-Beamten in den Kantonen diese Kontrollen durchgeführt?
- Sind sie physisch alle 26 Ämter kontrollieren gegangen?
- Laut Infoblatt des EDA/DEA vom Januar 2018 müssen EU-Staatsangehörige einen gültigen Arbeitsvertrag vorweisen.
- Wie soll diese Voraussetzung kontrolliert werden können?

18.5047 Amaudruz. Papyrus: wie vielen Personen das Asyl verweigert?

Wie vielen Personen hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) im Rahmen des Projekts Papyrus auf Vorschlag des Kantons Genf das Asyl verweigert?

18.5063 Reimann Maximilian. Finanzieller Anreiz zur freiwilligen Wiederausreise von Wirtschaftsmigranten in Israel

Der Staat Israel bedient sich zwecks Förderung der freiwilligen Wiederausreise von Wirtschaftsflüchtlingen - insbesondere aus Eritrea und dem Sudan - neuestens eines finanziellen Anreizsystems. Wer das Land innert einer gesetzten Frist freiwillig verlässt, erhält einen signifikanten finanziellen Zuschuss.

- Hält der Bundesrat dieses System für legal und völkerrechtskonform?
- Falls ja, wäre das nicht auch der Schweiz zur Nachahmung empfohlen?
- Falls nein, worin liegt die Völkerrechtsverletzung?

18.5076 Bühler. Medizinische Evakuierung von Asylsuchenden per Helikopter

In einem Artikel der Zeitung 24 heures erklärt die Geschäftsleiterin von Amnesty International Schweiz, dass im Asylzentrum Glaubenberg (zwischen den Kantonen Luzern und Obwalden) die Evakuierung einiger Kranker per Helikopter erfolge, da es mit Krankenwagen schwer zu erreichen sei.

- Kann der Bundesrat bestätigen, dass am Glaubenberg Asylsuchende per Helikopter evakuiert werden?
- Wenn ja, wie viel kosten solche Evakuierungen?
- Wer kommt für die Kosten auf?

18.5077 Addor. Was ist los beim fedpol?

Seit dem Amtsantritt der amtierenden Direktorin im August 2014 hat es beim fedpol, insbesondere im oberen Kader, anscheinend eine äusserst ungewöhnliche Anzahl von Entlassungen und Rücktritten (wortwörtlich oder in Anführungszeichen ...) gegeben, Letztere teilweise in Verträgen vereinbart (oder verhängt?), die als Schweigegeld eine Gehaltsfortzahlung über mehrere Monate vorsahen.

Was geht da beim fedpol vor sich und wie lange wird diese Situation noch andauern?

18.5078 Addor. Fotos von verschleierten Frauen auf Schweizer Pässen?

Den Normalsterblichen schreibt das Bundesamt für Polizei sehr strenge Kriterien für Fotos auf Pässen und Identitätskarten vor.

- Warum genehmigt es Fotos von Frauen mit Hidschab, der die Haare der betreffenden Person verdeckt und somit deren Identifikation beeinträchtigt?
- Gibt es keinerlei Rechtsgrundlage, die ein Verbot dieser Art von positiver Diskriminierung "zugunsten" von Frauen mit islamischem Kopftuch ermöglicht?

18.5080 Steinemann. C-Niederlassungsbewilligungen an Eritreer, die keinen einzigen Tag gearbeitet haben

Mehrere Gemeinden in verschiedenen Kantonen haben ihre Einwohner-Kontrollregister durchgesehen und festgestellt, dass Eritreer über eine C-Bewilligung verfügen, obwohl viele davon nie eine Erwerbstätigkeit ausgeübt, sondern ihren Lebensunterhalt mit Sozialhilfe finanziert haben.

- Warum ist das so?
- Rechtliche Grundlage?
- Können sich in rund 30 Jahren die minderjährigen Enkel der Eritreer erleichtert einbürgern lassen, auch wenn alle drei Generationen nur von Sozialhilfe gelebt haben?

18.5082 Brunner Toni. Ausschaffung krimineller Ausländer. "Strichli-Liste"

Seit dem 1. Oktober 2016 ist die "pfefferscharfe" Gesetzgebung zur Ausschaffung krimineller Ausländer in Kraft.

Wie viele Wegweisungsverfügungen sind seit dem 1. Oktober 2016 ausgesprochen worden, aufgeschlüsselt nach Delikten, Kantonen und deren Nationalitäten?

18.5083 Fehlmann Rielle. Türkei: aggressive Aussenpolitik und verstärkte innenpolitische Repressionen

Nach dem Angriff auf die nordsyrische Region Afrin hat die Türkei auch die Repressionen gegen jegliche Opposition gegen die autoritäre Politik von Präsident R. T. Erdogan verstärkt.

Wird sich der Bundesrat dafür einsetzen, dass sich die zuständigen Behörden schnellstens der Asylsuchenden aus der Türkei annehmen?

Es handelt sich dabei vor allem um Parlaments- oder Gewerkschaftsmitglieder und andere Oppositionelle, die kürzlich in die Schweiz gekommen sind, um hier Zuflucht zu finden.

18.5084 Sommaruga Carlo. Türkei: Was tut der Bundesrat auf europäischer Ebene gegen die missbräuchlichen türkischen Haftbefehle und Auslieferungsanträge?

Die Verhaftung des ehemaligen Chefs der syrischen Kurdenpartei PYD, Saleh Muslim, durch tschechische Polizisten am 26. Februar 2018 zeigt auf frappierende Weise, wie Erdogan internationale Haftbefehle und Auslieferungsanträge als politische Instrumente missbraucht. Es ist dringend notwendig, all diesen Versuchen zur politischen Unterdrückung seitens der Türkei über ihre Grenzen hinaus Einhalt zu gebieten.

Was unternimmt die Schweiz, damit wenigstens im Schengen-Raum solche politischen Haftbefehle blockiert werden?

18.5100 Semadeni. Wie handhaben EJPD und Bundesanwaltschaft den Grundsatz der freien Einsichtnahme in ihr Archivgut?

Laut Medienberichten werden der Grundsatz der freien Einsichtnahme in das Archivgut laut Artikel 9 Archivierungsgesetz (BGA, SR 152.1) und die Einsichtnahme während der Schutzfrist (Art. 13 BGA) sehr uneinheitlich gehandhabt. EJPD und Bundesanwaltschaft seien sehr restriktiv.

- Sorgt der Bundesrat für eine einheitliche Handhabung des BGA?

- Was unternimmt er, damit die Schutzfrist von 30 Jahren nicht unnötig verlängert und die Einsichtnahme während der Schutzfrist forschungsfreundlich umgesetzt werden?

18.5106 Guhl. Willkürliche Haftbefehle bei Interpol und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

Wer in der Türkei sich kritisch zu Krieg und Menschenrechten äussert oder in einer falschen Partei ist, muss damit rechnen verhaftet zu werden. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist in Frage gestellt.

- Was kann gegen die willkürlichen Haftbefehle der Türkei bei Interpol unternommen werden?

- Wie kann die Situation bezüglich Menschenrechte in der Türkei verbessert werden?

18.5111 Keller Peter. WLAN in Bundesasylzentren?

Der Aufenthaltsraum im Bundesasylzentrum Embrach wurde mit WLAN ausgerüstet.

- Sind alle Bundesasylzentren in der Schweiz mit Gratis-WLAN für Asylbewerber ausgerüstet?
- Wenn ja: Wie hoch sind die Kosten für Ausstattung und Betrieb dieser Anlagen?
- Ist ein (Gratis-)Zugang ins Internet in Asylzentren eine Verpflichtung gemäss EMRK?

18.5112 Keller Peter. Familiennachzug von Zweitfrauen?

Polygamie ist in der Schweiz verboten. Gleichzeitig können anerkannte und auch vorläufig aufgenommene Flüchtlinge Familiennachzug geltend machen. Das betrifft auch muslimische Männer mit mehreren Frauen.

- Wie sieht die Schweizer Praxis aus?
- Kann der Bundesrat ausschliessen, dass im Rahmen des Familiennachzugs auch Zweitfrauen in die Schweiz kamen?
- Wenn nicht: wie viele Personen (Frauen und Kindern) sind aus Vielehen in die Schweiz gekommen?

18.5117 Rytz Regula. Wo wohnt Roman Abramowitsch?

Laut einem Eintrag im britischen Handelsregister wohnt der FC-Chelsea-Besitzer Roman Abramowitsch seit Monaten in der Schweiz.

- Wohnt Roman Abramowitsch tatsächlich in der Schweiz?
- Falls Nein: Wie kann sich der Bundesrat den Eintrag im britischen Handelsregister erklären?
- Wurde die Schweiz wegen der unklaren Wohnsitzfrage von Grossbritannien kontaktiert?
- Welche Stellen des Bundes (EDA, fedpol, SEM etc.) standen wann und wieso in Kontakt mit Roman Abramowitsch bzw. seinen Vertretern?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**18.5010 Meyer Mattea. Wie ist der Bund mit dem "Nationalen Museum des Widerstands" über die Geheimarmee P-26 verbunden?**

Am 23. November 2017 wurde das "nationale Museum des Widerstands" zur Geheimarmee P-26 unter Beisein von Bundesrat Ueli Maurer eröffnet. Das VBS habe das Museumsprojekt während Jahren begleitet, das seine Tore in den kommenden 24 Jahren allein für geladene Gäste öffne.

- Hat sich der Bund finanziell und mit personellen Ressourcen am Museum beteiligt?
- Wer unterzeichnete die Vereinbarungen mit dem Bund?
- Was ist ihr Inhalt?
- Setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass das Museum öffentlich wird?

Finanzdepartement**18.5009 Bigler. Onlinehandel und Zoll. Gleichbehandlung?**

- Kann der Bundesrat bestätigen, dass der grenzüberschreitende Warenverkehr von Zalando in der Schweiz bis zur endgültigen Übereignung der gekauften Ware von der Mehrwertsteuer ausgenommen ist?
- Wenn es so ist, handelt es sich um eine spezielle Abmachung mit Zalando?

18.5023 Walliser. Unmögliche Bundesvorgaben für eine 100-prozentige Anrechenbarkeit der Staatsgarantie

Für eine 100-prozentige Anrechenbarkeit der Staatsgarantie muss die Rekapitalisierung der Bank dem politischen Willensbildungsprozess entzogen sein und die Staatskasse des Kantons die entsprechenden liquiden Mittel vorhalten.

- Wie vertragen sich diese strikten Bedingungen mit der Beteuerung des Bundesrats, dass er nicht an der Gesetzes- und Verfassungstreue des Kantons Zürich zweifelt?

- Gelten für die PostFinance dieselben Anforderungen an die Bundeskasse, liquide Mittel vorzuhalten?

Wenn nein, warum nicht?

18.5032 de la Reussille. Ergebnis der Bundesrechnung 2017

Das Finanzdepartement hat einen Gewinn von 2,5 Milliarden bekanntgegeben, doch in Wirklichkeit schliesst die Bundesrechnung mit einem Plus von 5 Milliarden vor Rückstellungen ab. Dieses erfreuliche Ergebnis kommt seit mehreren Jahren immer wieder zustande. Dennoch wird systematisch ein Defizit budgetiert, was auf eine regelmässige Unterschätzung der Einnahmen hindeutet.

Was gedenkt das Departement zu tun, um diese Prognosen zu verbessern?

18.5048 Herzog. Gesundheitskosten. Steuerabzüge ermöglichen

Die Gesundheitskosten steigen und steigen, die Krankenkassenprämien werden besonders für den Mittelstand zu einer immer höheren Belastung. Dazu kommen weitere Gesundheitskosten wie jene für die Zahnpflege.

Ist der Bundesrat bereit, Modelle zu prüfen, wie die Bürgerinnen und Bürger steuerlich entlastet werden könnten, z.B. durch den Abzug der jährlichen Zahnarztkosten bis zu einem bestimmten Betrag und der Prämien für die Grundversicherung von der direkten Bundessteuer?

18.5055 Lohr. Barrierefreie Gestaltung von Schweizer Botschaften und Missionen

- Inwiefern stellt das EDA sicher, dass Neubauten, Umbauten und auch Wiederaufbauten von Schweizer Botschaften und Missionen barrierefrei gestaltet werden gemäss der UN-Behindertenrechtskonvention (insb. Art. 9)?

- Was passiert, wenn sich herausstellt, dass eine Schweizer Botschaft oder Mission nicht barrierefrei (wiederauf-) gebaut oder renoviert wurde?

18.5064 Reimann Maximilian. Aktien der Schweizerischen Nationalbank als Spielball internationaler Börsen-Spekulation

Das SNB-Aktienkapital liegt grossmehrheitlich in öffentlicher Hand, vor allem der Kantone und Kantonalbanken. Der Rest ist börsenkotiert, die Dividende gesetzlich auf Franken 15.00 limitiert. Jüngst geriet die Aktie in den Strudel der int. Spekulation und schoss innert 12 Monaten von 1600 auf fast 7000 Franken, aktuell 5500 Franken.

Sollen die SNB-Aktien weiterhin Objekt von Spekulanten bleiben, oder sieht der Bundesrat Möglichkeiten zur Unterbindung, etwa durch regulatorische Schranken oder gar Dekotierung?

18.5074 Flückiger Sylvia. Richtungswechsel Budget

In der Verwaltung gilt, wer sein Budget Ende Jahr nicht ausgeschöpft hat, hat schlecht gearbeitet und wird bestraft, indem sein Budget im Folgejahr gekürzt wird. Dies ist eine Einladung, gegen Jahresende das Geld zu verpulvern, was offenbar auch fleissig gemacht wird.

- Ist der Bundesrat bereit, konkret und wirksam einzugreifen, um diese Unsitte abzustellen und zu verbieten?
- Mit welchen Massnahmen?

18.5093 Leutenegger Oberholzer. Swiss Life. Steuerfreie Dividenden seit 13 Jahren

Swiss Life will für das Geschäftsjahr 2017 erneut steuerfreie Dividenden auszahlen. Das praktiziert sie nun seit 2005 - zuerst mittels Ausschüttungen aus dem Fundus von Nennwertherabsetzungen von 2005 bis 2011 und seit 2012 aus den Kapitaleinlagereserven (USR II). Der Fundus der Reserven ist bei Swiss Life nun bald ausgeschöpft. Im Rahmen der Revision des Aktienrechts ist im Entwurf des Bundesrats erneut eine Herabsetzung des Mindestnennwertes der Aktien (auf >0,000 Fr) vorgesehen.

- Welche steuerlichen Folgen erwartet der Bundesrat dadurch im Falle von Swiss Life im Speziellen und für alle andern steuerpflichtigen Unternehmen im Allgemeinen?
- Wie hoch ist das mögliche Steuerausfallpotential, falls die Reduktion des Mindestnennwerts Gesetz werden sollte?

18.5098 Birrer-Heimo. Setzt das Parlament den EU-Marktzutritt für Finanzdienstleister aufs Spiel?

Nachdem der ursprünglich vorgesehene Kundenschutz im FIDLEG massiv zurückgefahren wurde, wird die Äquivalenzanerkennung durch die EU von verschiedenen Finanzmarktexperten in Frage gestellt. Das Parlament setzt die Chance auf den Marktzutritt für Finanzdienstleister aufs Spiel.

Welche Abklärungen hat der Bundesrat bzw. das Finanzdepartement getroffen, die die Äquivalenz der aktuellen Fassung des FIDLEG mit den MiFID II-Bestimmungen bestätigen?

18.5109 Rutz Gregor. Bankgeheimnis über AGB ausschalten?

Etliche Banken haben dieses Jahr ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) geändert. Als Kunde ist man faktisch gezwungen, die Bank von den Geheimhaltungspflichten zu entbinden und auf das Bankkündengeheimnis zu verzichten.

- Ist dies legal?
- Ist es juristisch haltbar, dass damit faktisch die Finma in Rundschreiben entscheidet, wo, wann und an wen Daten geliefert werden dürfen?
- Könnten ein Anwalt oder ein Arzt sich auch via AGB generell von ihrem Berufsgeheimnis entbinden lassen?

18.5113 Roduit. Auflösung der Skialpinismus-Mannschaft des Grenzwachtkorps

In seiner negativen Stellungnahme vom 31. Januar 2018 zur Interpellation 17.3993 "Opfert die Grenzwache wirklich den Skialpinismus?" gab der Bundesrat an, fünf für diesen Sport entscheidende Stellen streichen zu wollen. Die nächste Ausgabe der berühmten Patrouille des Glaciers steht vor der Tür.

Ist sich der Bundesrat der Auswirkungen seines Entscheids auf unsere Identität als Alpenland bewusst, namentlich Herr Parmelin, der im Rahmen dieser Veranstaltung öffentlich auftreten wird?

18.5121 Leutenegger Oberholzer. EU, Panama Papers und die Schweiz

Das Europäische Parlament nahm vom umfangreichen Bericht des Panama-Ausschusses Kenntnis und verabschiedete am 13. Dezember 2017 mit überwältigender Mehrheit eine Resolution mit 206 Empfehlungen gegen Steuervermeidung und Geldwäsche. In Ziffer 150 dieser Resolution forderte das Europäische Parlament die EU auf, alle Verträge mit der Schweiz neu auszuhandeln, damit diese im Einklang mit den internationalen Standards ist.

- Hat der Bundesrat Kenntnis von diesem Schritt des EU Parlaments?
- Wie beurteilt er ihn?
- Wie reagiert er darauf?

18.5122 Leutenegger Oberholzer. SV 17. Umsetzungspläne der Kantone

Die Kantone waren gehalten, ihre Umsetzungspläne zur Neuauflage der Unternehmenssteuerreform bis Ende Februar zu präsentieren.

- Haben alle Kantone diese Vorgabe eingehalten?
- Werden diese kantonalen Umsetzungspläne noch vor Publikation der Botschaft zur SV 17 integral veröffentlicht, wie es das Öffentlichkeitsgesetz nahelegt?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**18.5003 Glättli. Co-Präsident des Familiengärtnerverbands regt Pestizidverbot an. Was tut der Bundesrat?**

Greifen Hobbygärtner zum Spritzmittel wird leider oft (zu) viel Pestizid gebraucht. Wechselt der Garten den Besitzer, muss manchmal gar die gesamte Erde darin entsorgt werden, weil es zu viel Gift im Boden hat. Selbst der Co-Präsident des Familiengärtnerverbands hat gegenüber dem Tages-Anzeiger vom 26. Februar 2018 geäußert, dass ein Verbot von Pestiziden hier sinnvoll wäre.

- Ist der Bundesrat bereit, ein solches Verbot für Hobbygärtner zu prüfen?
- Wenn nein: unterstützt er die Aufklärungskampagne?
- Wie?

18.5008 Bigler. Berufsbildung 2030. Was hat das SBFI zu verstecken?

Im Projekt Berufsbildung 2030 hat das SBFI einen Bericht "Berufsbildung 2030" erstellt. In der Folge wurde Frau Prof. Uschi Backes-Gellner zu einem Gutachten zum Bericht eingeladen. Das SBFI will dieses Gutachten nicht veröffentlichen, weil es nicht auf den verabschiedeten Leitlinien basiere. Letztere wiederum basieren aber auf dem fraglichen Bericht.

- Kann der Bundesrat Auskunft geben, was das SBFI in diesem Gutachten verschweigen will?
- Ist er zur Publikation und Transparenz bereit?

18.5013 Gutjahr. Arbeitslosengeld - als Nebenverdienst?

- Wie kann sichergestellt werden, dass während dem Bezug von Arbeitslosengeld keine Anstellung besteht und somit keine Doppelzahlung entstehen?
 - Wie einheitlich sind Sanktionen bezüglich Einstelltagen geregelt?
- Wird darüber Statistik geführt?
- Wurden zudem jemals Bussen gegenüber Arbeitgebern ausgestellt, die der Aufforderung gemäss Artikel 116 AVIG (Einreichung der Arbeitgeberbescheinigung) nicht nachgekommen sind?

18.5019 Munz. Gentechnik-Zucker schon bald in unserem Müesli?

Das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern erleichtert den Markteintritt von landwirtschaftlichen Produkten. Künftig könnte Gentechnik-Rohrzucker aus Brasilien auf den Markt kommen. Unsere nachhaltige Zuckerrübenproduktion wäre dadurch gefährdet, denn die Produktionsstandards in den Mercosur-Ländern nicht mit hiesigen vergleichbar.

- Wie schützt der Bundesrat Landwirtschaft und Konsumierende vor Gentechnik-Zucker?
- Wie ist die Deklarationspflicht für Gentechnik-Produkte gewährleistet?

18.5025 Grin. Motion 15.4191 Milchkrise. Mengenmanagement durch die Branchenorganisation Milch?

In der Stellungnahme zu meiner Motion 15.4191, die am 17. Dezember 2015 eingereicht und kürzlich abgeschrieben wurde, erklärte der Bundesrat, den Anwendungsbereich bestimmter Elemente des Milchkauf-Standardvertrags für die Dauer von zwei Jahren vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2017 auf Nichtmitglieder der Branchenorganisation Milch (BO Milch) ausgedehnt zu haben.

- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass diese Massnahme einen positiven Effekt auf den Literpreis von Milch gehabt hat?
- Werden für 2018 und die folgenden Jahre neue Massnahmen eingeführt, insbesondere in Bezug auf die Mengen je Segment und auf die Kontrolle?

18.5026 Seiler Graf. Kriegsmaterialverordnung nicht demontieren (1)

Gemäss der NZZ vom 9. Februar 2018 soll der Bundesrat noch vor dem Sommer eine weitere Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung prüfen.

- Gewichtet der Bundesrat die Anliegen der Rüstungsindustrie stärker als die humanitäre Tradition der Schweiz?
- Wie lässt sich diese mit der geplanten Änderung der Kriegsmaterialverordnung vereinbaren?

18.5027 Rickli Natalie. Kriegsmaterialverordnung nicht demontieren (2)

Gemäss der NZZ vom 9. Februar 2018 soll der Bundesrat noch vor dem Sommer eine weitere Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung prüfen.

- Wie interpretiert der Bundesrat den Begriff "interner bewaffneter Konflikt" (KMG, Art. 5, Abs. 2, lit. a)?
- Welche Länder fallen aktuell darunter?

18.5028 Schmid-Federer. Kriegsmaterialverordnung nicht demontieren (3)

Gemäss der NZZ vom 9. Februar 2018 soll der Bundesrat noch vor dem Sommer eine weitere Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung prüfen. Unter anderem soll die Gültigkeitsdauer von Exportbewilligungen verlängert werden.

Wie sorgt der Bundesrat dafür, dass dem Kriegsmaterialgesetz weiterhin Rechnung getragen wird, das an mehreren Stellen vorsieht, dass einmal erteilte Bewilligungen jederzeit ganz oder teilweise widerrufen werden können, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung nicht mehr gegeben sind?

18.5029 Quadranti. Kriegsmaterialverordnung nicht demontieren (4)

Gemäss der NZZ vom 9. Februar 2018 soll der Bundesrat noch vor dem Sommer eine weitere Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung prüfen.
 Ich bitte darum den Bundesrat um Beantwortung der folgenden Frage:
 Ist er der Ansicht, dass die Versprechen bei der Abstimmung zur Kriegsmaterial-Initiative 2009, nämlich, die damals geltenden Exportregulierungen nicht weiter zu verwässern, noch eingehalten werden?

18.5030 Arslan. Kriegsmaterialverordnung nicht demontieren (5)

Gemäss der NZZ vom 9. Februar 2018 soll der Bundesrat noch vor dem Sommer eine weitere Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung prüfen.
 Wie lassen sich zukünftige Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer mit der bewährten Praxis der Konfliktlösung vor Ort vereinbaren?

18.5031 Bertschy. Kriegsmaterialverordnung nicht demontieren (6)

Gemäss der NZZ vom 9. Februar 2018 soll der Bundesrat noch vor dem Sommer eine weitere Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung prüfen.
 Falls der Bundesrat eine weitere Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung in Betracht zieht, wird das Parlament die Möglichkeit haben, sich dazu zu äussern?

18.5040 Masshardt. Kostenlose Eignungstests für Lehrstellensuchende

Der Bundesrat schreibt in der Beantwortung der Interpellation 17.3929 auf die Frage, ob es möglich sei, Eignungstests kostenlos zur Verfügung zu stellen, dass der Nantys Kompass den Lehrstellensuchenden ja seit 2009 kostenlos zur Verfügung stehe.
 Ist der Nantys Kompass wirklich schweizweit und für alle Lehrstellensuchenden kostenlos?

18.5041 Brélaz. Waffenausfuhr: weitere Lockerungen für die Befeuern von Kriegen?

An der Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates vom 1. Februar 2018 erklärten das WBF und das VBS ihre Absicht, die Verordnung über das Kriegsmaterial zu revidieren, namentlich um Exporte in kriegführende Länder zu ermöglichen. Seit 2009 sind die Regelungen, die solche Exporte erlauben, bereits deutlich gelockert worden und die Ausfuhr hat im Jahr 2017 zugenommen.
 Womit rechtfertigt der Bundesrat diese erneute Lockerung?

18.5044 Müri. Eine Professorin für Astronomie an der ETH wurde wegen mutmasslichem Missmanagement, Fehlverhalten und Mobbing freigestellt

Als Folge dieser Ereignisse wurde das ganze Institut für Astronomie der ETH aufgelöst. Eine starke Astronomie-Abteilung gehört aber zu jeder Universität von Weltruf.
 Wie kann sichergestellt werden, dass die ETH in der Astronomie weiterhin eine führende Stellung einnehmen kann, und dass die Lehre lückenlos weitergeführt wird?
 Nur wenn dieses Ziel durch zeitnahe Massnahmen erreicht wird, ist gewährleistet, dass zentrales institutionelles Wissen und wichtiges Fachpersonal nicht verloren geht.

18.5050 Nussbaumer. Sistierung der Verhandlungen zur Modernisierung des FHA mit der Türkei

- Wird der Bundesrat nach der Militärintervention der Türkei in Nordsyrien mit den EFTA-Partnerländern darauf hinwirken, dass die Arbeiten für die Erneuerung des FHA mit der Türkei sistiert werden?
- Wenn nein, worin unterscheidet sich der Einmarsch der Türkei von der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland, worauf die FHA-Verhandlungen mit Russland sistiert wurden?

18.5056 Glättli. Umweltauswirkung durch Grenzöffnungen mit Mercosur berücksichtigen

- Der Bundesrat führt Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Laut Bundesrat haben die Mercosur-Staaten breite Exportinteressen bei Agrarprodukten und streben entsprechend Verbesserungen beim Marktzugang an.
- Wie beurteilt der Bundesrat die ökologischen Auswirkungen?
 - Ist ein ökologisches Monitoring für die Begleitung der Marktöffnungsschritte vorgesehen? Nur wenn die Marktöffnung auch in einer Gesamtsicht Vorteile für die Umwelt bringen, sind solche Schritte sinnvoll.

18.5057 Glättli. Geplante Revision der Kriegsmaterialverordnung. Vertrag über den Waffenhandel (ATT) respektieren

Anlässlich der Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates am 1. Februar 2018 kündigten das WBF und das VBS an, die Verordnung über Kriegsmaterial zu revidieren, um unter anderem Exporte in Kriegsländer zu genehmigen. Beabsichtigt der Bundesrat, seinen internationalen Verpflichtungen in diesem Bereich, namentlich dem Vertrag über den Waffenhandel (ATT, Arms Trade Treaty), nachzukommen?

18.5058 Glättli. Kriegsmaterialexporte in die Türkei sind widerrechtlich, weil die Türkei sich schon 2017 am Syrien-Krieg beteiligte. Dennoch stiegen die Exporte 2017 auf das 13-fache des Vorjahrs

Schweizer Unternehmen lieferten 2017 für 446,6 Millionen Franken Kriegsmaterial in 64 Länder (+8%). Auffällig gestiegen sind die Exporte in die Türkei, die das 13-fache des Vorjahrs ausmachen. Dies trotz der äusserst problematischen Menschenrechtslage der Türkei und deren Beteiligung am Krieg in Syrien. Warum hat der Bundesrat die Exporte nicht sofort unterbunden, bis in der Türkei Grund- und Menschenrechte wieder gewährleistet sind und die Türkei nicht mehr im Ausland militärisch interveniert?

18.5059 Mazzone. Waffenausfuhr nach Thailand: ein Widerspruch, der die Menschenrechte gefährdet?

2017 war eine Genehmigung, Immaterialgüter nach Thailand zu liefern, auf Grundlage von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung über das Kriegsmaterial abgelehnt worden. Dennoch steht Thailand an zweiter Stelle auf der Empfängerliste von Schweizer Waffenexporten im Jahr 2017, mit über 87 Millionen Franken.

- Wie erklärt der Bundesrat diesen Widerspruch?
- Wie stellt er sicher, dass in diesem Land keine Menschenrechte verletzt und Kindersoldaten eingesetzt werden?

18.5061 Reynard. In welcher Schublade versteckt sich die Botschaft von Herrn Schneider-Ammann zur Digitalisierung?

Im Juni 2017 hat Bundesrat Schneider-Ammann angekündigt, die digitale Bildung stärker fördern zu wollen. Er brachte einen Kredit von 150 Millionen ins Spiel - zusätzlich zu dem, was in der BFI-Botschaft vorgesehen war.

- Was ist aus dieser "Digitalisierungs-Botschaft" und den angekündigten Mitteln geworden?

- Ist der Bundesrat bereit, in diesem Bereich zu investieren, ohne die bestehenden Mittel zu touchieren?

18.5062 Mazzone. Waffenausfuhr: neue Lockerungen im Widerspruch zur Politik des EDA?

An der Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates vom 1. Februar 2018 erklärten das WBF und das VBS ihre Absicht, die Verordnung über das Kriegsmaterial zu revidieren, namentlich um Exporte in kriegführende Länder zu ermöglichen. Gleichzeitig finanziert das EDA zahlreiche humanitäre und friedensfördernde Programme.

Wie gewährleistet der Bundesrat die Kohärenz zwischen diesen unterschiedlichen Politikbereichen?

18.5081 Mazzone. Waffenausfuhr: umfassende Anhörung vor jedem Entscheid?

An der Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates vom 1. Februar 2018 kündigten das WBF und das VBS an, dass die Verordnung über das Kriegsmaterial revidiert werden soll, namentlich um Exporte in kriegführende Länder zu ermöglichen. Vor diesem Entscheid hatten die Kommission, das WBF und das VBS die Forderungen der Rüstungsindustrie angehört.

Planen sie, auch Vertreterinnen und Vertreter der Menschenrechtsorganisationen und der Zivilgesellschaft zu empfangen und anzuhören?

18.5087 Tornare. Invasion der türkischen Armee im Nordwesten Syriens: Aussetzung des Freihandelsabkommens mit der Türkei?

Die Invasion der türkischen Armee im Nordwesten Syriens hat die zivilisierte Welt schockiert und ruft die internationale Gemeinschaft einschliesslich der Schweiz auf den Plan.

Sind die Schweizer Regierung und ihre EFTA-Partner bereit, die Ausweitung und Modernisierung des Freihandelsabkommens, das 1991 mit der Türkei geschlossen wurde, unter die Bedingung zu stellen, dass der türkische Staat im Nordwesten Syriens das Völkerrecht respektiert?

18.5089 Derder. Steht die Lehre noch in Einklang mit den Anforderungen der Unternehmen? Müsste angesichts der raschen Entwicklung der Berufe nicht der Revisionsrhythmus bei den EFZ-Bildungsverordnungen beschleunigt werden?

Die Unternehmen beklagen Mängel in der Berufsausbildung (Agefi vom 8.2. und 27.2.). Die Lehre entspreche nicht mehr ihren Anforderungen, insbesondere im Bereich der Programmierung und der Beherrschung von IT-Tools: Wir bilden junge Leute in Berufen aus, die es nicht mehr gibt.

Die Lehrpläne für ein EFZ werden im Fünfjahresrhythmus revidiert:

- Ist das zu selten?

- Ist eine Beschleunigung vorgesehen?

- Muss die Lehre überarbeitet werden, sodass sie mehr IT-Kompetenzen umfasst?

Wenn ja, wie wäre das auszugestalten?

18.5104 Guhl. Krieg bei Afrin. Waffenexporte in die Türkei sistieren und keine neue Bewilligungen erteilen

In der Türkei werden die Menschenrechte verstärkt systematisch durch den Staat eingeschränkt. Die Türkei ist seit dem 20. Januar 2018 in Syrien bei Afrin im Krieg. Schon gegen 100 Zivilisten wurden getötet.

Ist der Bundesrat bereit, alle existierenden Kriegsmaterialexporte in die Türkei zu sistieren und keine neuen zu bewilligen, bis die Türkei ihre Angriffe auf syrisches Territorium beendet und sich die Situation mit den Menschenrechten verbessert hat?

18.5110 Graf Maya. Mercosur-Reise von Bundesrat Schneider-Ammann. Werden auch kritische Auswirkungen der Agroindustrie thematisiert?

Laut der Presse reist Bundesrat Schneider-Ammann Ende April mit einer Delegation von über 50 Personen in die Mercosur-Länder.

Ich bitte um Auskunft, ob die Delegation vor Ort auch Gespräche mit Nichtregierungsorganisationen und Kleinbauernvereinigungen sowie kritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern führt?

Bei geplanten Freihandelsabkommen müssen die lokalen Auswirkungen der agroindustriellen Landwirtschaft mit Gentech-Sojaanbau, massivem Einsatz von Herbiziden und Regenwald-Abholzung bekannt sein.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

18.5000 Rickli Natalie. Wer hat Jean-Claude Juncker ein Rahmenabkommen versprochen?

Am 14. Februar 2018 sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker an einer Medienkonferenz, dass ihm ein Rahmenabkommen mit der Schweiz "mehrfach versprochen" worden sei.

- Stimmt dieser Sachverhalt?
- Welche Bundesräte/welche Bundesangestellte haben ihm dies "versprochen"?
- Wann kommuniziert der Bundesrat die Details in Sachen Rahmenabkommen?
- Welche konkreten Forderungen an die EU stellte er beim Entscheid, einen Kohäsionsbeitrag in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken an die EU zu leisten?

18.5038 Glauser. Versprechungen, Versprechungen?

Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, gab an, mehrere Schweizer Bundespräsidentinnen und -präsidenten hätten ihm das Voranbringen eines institutionellen Abkommens versprochen. So habe ihm der Bundesrat die Unterzeichnung eines entsprechenden Rahmenvertrages zugesichert.

- Hat der Bundesrat einem Vertreter der Europäischen Union ein solches Abkommen versprochen?
- Ist dem Bundesrat bekannt, dass eines seiner Mitglieder ein solches Abkommen versprochen hätte?
- Widerspricht der Bundesrat den Aussagen von Herrn Juncker zu diesen etwaigen Versprechungen?

18.5034 Friedl. Geplante Aktivitäten zum Internationalen Tag des friedlichen Zusammenlebens

Am 8. Dezember 2017 hat die Uno-Generalversammlung den 16. Mai auf Antrag Algeriens zum "International Day of Living Together in Peace" erklärt. Damit sollen die Bestrebungen um Frieden, Toleranz, Inklusion, Verständnis und Solidarität zwischen den Kulturen und Religionen gefördert werden.

- Hat die Schweiz für diesen Tag etwas geplant?
- Kann dieser Tag genutzt werden, um den Dialog und das Verständnis zwischen den Religionen und Kulturen im Inland zu fördern (entsprechend Ziel 16 der Agenda 2030)?

18.5046 Friedl. Militärintervention der Türkei in Nordsyrien

Der Bundesrat hat bisher zur militärischen Intervention der Türkei in Nordsyrien keine Stellung genommen. Allein das EDA hat alle Parteien zur Einhaltung des Völkerrechts aufgerufen, ohne auf die Rolle der Türkei bei der grenzüberschreitenden Intervention in der Region Afrin speziell einzugehen.

Ist der Bundesrat bereit, den am 20. Januar 2018 gestarteten militärischen Einmarsch der Türkei in das Nachbarland Syrien unmissverständlich als völkerrechtswidrig zu bezeichnen?

18.5102 Guhl. Für die Menschen in Afrin. Krieg der Türkei in Syrien sofort stoppen

Nach dem Beginn des Krieges der Türkei bei Afrin antwortete mir das EDA am 22. Januar 2018 auf eine Anfrage: "Es (EDA) verfolgt die Entwicklungen aufmerksam und setzt sich bilateral und multilateral ein für eine politische Konfliktlösung, die Menschenrechte und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts." Die Angriffe der Türkei gehen trotz Uno-Resolution weiter.

- Was konnte das EDA über den erwähnten Weg bisher bewirken?
- Wie kann die Türkei zum sofortigen Stopp des Krieges angehalten werden?

18.5103 Guhl. Krieg der Türkei in Syrien bei Afrin. Völkerrechtsverletzungen

Gemäss dem kurdischen Roten Kreuz wurden in Afrin zwischen 22. Januar und 21. Februar 93 Zivilisten durch türkische Angriffe getötet, davon 24 Kinder. Auch bei der Verteidigung gab es zivile Opfer.

Wie setzt sich die Schweiz dafür ein, dass in diesem Konflikt verübte Völkerrechtsverletzungen nachgewiesen werden und entsprechende Massnahmen gegen die Verursacher initiiert werden?

18.5107 Guhl. Krieg der Türkei in Syrien. Verurteilung der Kampfhandlungen durch die Schweiz

Gemäss kurdischen Roten Kreuz wurden in Afrin zwischen 22. Januar und 21. Februar 2018 93 Zivilisten (24 Kinder) durch türkische Angriffe getötet. Auch bei der Verteidigung gab es zivile Opfer. Der wahllose Beschuss von dicht besiedeltem Wohngebiet ist eine klare Verletzung der Genfer Konventionen.

Wann fordert die Schweiz die Türkei namentlich öffentlich mit Nachdruck auf, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten, die Offensive in Syrien zu beenden und am Verhandlungstisch Lösungen zu finden?

18.5051 Mazzone. Agenda 2030 und Ziele für nachhaltige Entwicklung: Wie kann man sie so umsetzen, dass die Ziele aller Departemente unter einen Hut gebracht werden?

Im September 2015 hat die Schweiz die Agenda 2030 mit den darin enthaltenen Zielen für nachhaltige Entwicklung unterzeichnet. Nun gilt es, die Ziele aller Departemente zu vereinen, indem vor allem Synergien und Interessenskonflikte aufgezeigt werden.

- Wird eine Verwaltungseinheit als zentraler, interdepartementaler Anlaufpunkt für Fragen in Bezug auf die Agenda 2030 und die nachhaltige Entwicklung eingerichtet werden?
- Über welche Ressourcen und Kompetenzen würde diese allenfalls verfügen?

18.5114 Friedl. Agenda 2030. Ausrichtung der Legislaturplanung und Einbezug von Kantonen und Gemeinden

Seit Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben zahlreiche Nichtregierungsorganisationen ihre Strategien an der Agenda 2030 ausgerichtet.

- Wird der Bundesrat seine nächste Legislaturplanung ebenfalls an diesem globalen und von ihm anerkannten Referenzrahmen ausrichten?
- Wie gedenkt er die Kantone und die Gemeinden in die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung einzubeziehen?

18.5118 Sommaruga Carlo. Agenda 2030: Integration der Agenda 2030 in die Legislaturplanung

Seit der Annahme der Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung haben zahlreiche NGOs ihre Strategie mit dieser Agenda in Einklang gebracht.

Wird auch der Bundesrat seine nächste Legislaturplanung an diesem globalen Referenzrahmen ausrichten?

18.5066 Sommaruga Carlo. Syrien: Resolution des UNO-Sicherheitsrates für eine sofortige Waffenruhe

Am 24. Februar 2018 hat der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, die alle Konfliktparteien dazu auffordert, die Feindseligkeiten auf dem gesamten syrischen Staatsgebiet für mindestens 30 aufeinanderfolgende Tage einzustellen.

Auch wenn vom Bundesrat keine Verurteilung der Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu hören ist:

Welchen Beitrag leistet er zur Umsetzung der Resolution und zum Schutz der Zivilbevölkerung in Ost-Ghuta, Afrin oder anderswo in Syrien?

18.5067 Sommaruga Carlo. Bombardierungen im Jemen: Was tut die Schweiz, um ein Ende der Bombenangriffe auf den Jemen herbeizuführen und die Zivilbevölkerung zu schützen?

Die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien, beides Wirtschaftspartner der Schweiz, spielen die Hauptrollen bei den Bombardierungen im Rahmen der Militärintervention im Jemen, die bereits mehr als 10 000 Tote gefordert hat.

- Bestätigt der Bundesrat, dass diese Intervention gegen das Völkerrecht verstösst?
- Was tut er, um diese Länder an die Einhaltung des Völkerrechts zu erinnern, eine Waffenruhe zu fördern und ein sofortiges Ende der Bombenangriffe auf Zivilpersonen herbeizuführen?

18.5075 Addor. Hat die EU versucht, Druck auf die Schweiz auszuüben?

Gab es nach dem Brexit indirekten oder direkten Druck auf die Schweiz vonseiten der Europäischen Union, um sie vom Abschluss eines bilateralen Abkommens mit Grossbritannien abzubringen bzw. um sie dazu zu bringen, sich zwischen Grossbritannien und der EU zu entscheiden?

18.5090 Matter. Bilaterale Verträge

Die britische Zeitung "Daily Express" schreibt unter Berufung auf offenbar glaubwürdige Quellen, die EU dränge die Schweiz im Rahmen einer "Bestrafungs-Agenda", keine bilateralen Verträge mit dem Vereinigten Königreich abzuschliessen.

- Kann der Bundesrat einen solchen Druck seitens der EU bestätigen?
- Ist er gewillt, diesem Druck zu widerstehen?

18.5091 Sommaruga Carlo. Palästina-Israel: eine Lösung für Gaza finden und den Dialog mit der Hamas wiederaufnehmen

Traditionellerweise führt die Schweiz Gespräche mit allen Beteiligten an politischen und bewaffneten Konflikten, ausser jenen, die der UNO-Sicherheitsrat ausgeschlossen hat. Damit will sie den Dialog fördern, einen Weg in Richtung Frieden bahnen, Zivilpersonen schützen und Basisleistungen für die Bevölkerung sicherstellen. In diesem Sinne hatte unsere Diplomatie auch Kontakte zur Hamas und begab sich nach Gaza. Dies wurde von Israel blockiert.

Was tut der Bundesrat, damit die Schweizer Diplomatie diese Rolle wieder wahrnehmen kann?

18.5094 Chevalley. Haben Doppelbürgerinnen und -bürger im Ausland ein Recht auf konsularische Dienste der Schweiz?

Angenommen, eine Person mit doppelter Staatsangehörigkeit reist mit ihrem nichtschweizerischen Pass in ein Land, in dem sie mit dem Schweizerpass ein Visum benötigt hätte.

Kann diese Person, wenn sie in dem betreffenden Land in Schwierigkeiten gerät, konsularische Dienste in Anspruch nehmen, oder wird sie als nichtschweizerische Person betrachtet?

18.5105 Guhl. Reisehinweise in die Türkei noch aktuell?

In der Türkei sind im Zuge der gegen regierungskritische Stimmen gerichteten Verhaftungswelle auch türkisch-schweizerische Doppelbürger verhaftet worden. Trotz der ausgewiesenen Gefährdungslage sind die Reisehinweise des EDA für die Türkei nach wie vor sehr allgemein gehalten.

Müssten die Reisehinweise nicht so formuliert werden, dass Personen, denen wegen Kritik an der Menschenrechtssituation in der Türkei ein Verhaftungsrisiko oder eine Strafverfolgung droht, auch wirklich gewarnt sind?

Departement des Innern**18.5005 Vitali. Neue Staffelung der Altersgutschriften im BVG**

2012 wurde mein Postulat 12.3731 angenommen mit der Begründung, die Staffelung anlässlich der Beratung der Altersreform 2020 zu überprüfen. Diese wurde vom Volk letztes Jahr bekanntlich abgelehnt.

Wie sieht der Bundesrat nun das weitere Vorgehen, um doch noch eine neue Staffelung zu erreichen und somit eine Verteuerung der über 55-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt endlich zu vermindern?

Das ist nämlich ein sehr häufig geäußertes Anliegen der älteren Bevölkerung.

18.5012 Lohr. Lockerung des Territorialitätsprinzips zur Entlastung der OKP. Welche Massnahmen und bis wann?

Am 25. Oktober 2017 veröffentlichte das EDI den Expertenbericht mit 38 kostendämpfenden Massnahmen zur Entlastung der OKP, wobei Massnahme 21 die Lockerung des Territorialitätsprinzips, insbesondere für Arzneimittel und MiGeL, vorsieht.

- Wie hat der Bundesrat vor, die erwähnte Massnahme umzusetzen?
- Für welche Leistungsbereiche genau?
- Mit welchem Zeitplan?

18.5033 Herzog. Werden aus Gefängnissen bald Schönheitskliniken?

Wie das BAG in einem Newsletter Anfang 2018 mitteilte, möchte es "sozial benachteiligten Personen" den Zugang zum Gesundheitssystem erleichtern. Zu dieser Gruppe zählt das BAG auch Personen im Freiheitsentzug.

- Weshalb sieht der Bundesrat Handlungsbedarf im bewährten System mit einer gesundheitlichen Minimalversorgung?
- Sind solche Benachteiligungen nicht gerade Bestandteil der Bestrafung?

18.5036 Nicolet. KVG: Spekulationen mit Reserven oder Verunglimpfung einer Branche?

Regelmässig wirft die Westschweizer Presse den Krankenkassen vor, ihre Reserven nicht mit der nötigen Sorgfalt zu verwalten, astronomische Summen an der Börse verloren und Verluste in Höhe von mehreren hundert Millionen eingefahren zu haben (z. B. in der Ausgabe von 24 heures vom 13.11.2017).

Da die Medien sich nicht die Mühe gemacht haben, die Fundiertheit dieser Behauptungen zu prüfen, und die Bevölkerung in Ungewissheit gelassen haben, bitte ich den Bundesrat, die Lage der vergangenen zehn Jahre zu beleuchten.

18.5037 Nicolet. KVG: Ist die Verwaltung wirklich ineffizient?

In der K-Tipp-Ausgabe vom 17. Januar 2018 heisst es in einem Artikel zu den Kosten der obligatorischen Krankenversicherung, die Verwaltungsausgaben könnten um 50 Prozent reduziert werden ("Es ginge auch zum halben Preis").

- Hält der Bundesrat dies für realistisch?
- Wenn diese Behauptung wahr wäre und die Krankenkassen ihren Verwaltungsaufgaben tatsächlich für die Hälfte des Geldes nachkommen könnten, hätten dann die Aufsichtsbehörden nicht längst einschreiten müssen?

18.5042 Nantermod. Rechtslücke in der Unfallversicherung. Beabsichtigt der Bundesrat, die Motion 11.3811 umzusetzen?

Die Räte haben am 3. Juni 2014 die Motion 11.3811 angenommen, die verlangt, dass eine gravierende Lücke in der Unfallversicherung geschlossen wird. Diese Lücke betrifft vor allem Menschen, die aufgrund eines Rückfalls oder von Spätfolgen einer Verletzung, die sie sich als Jugendliche zugezogen haben, erwerbsunfähig geworden sind. In seiner Antwort vom 6. Juni 2016 auf die Frage 16.5171 hatte der Bundesrat eine Botschaft bis Ende Jahr 2016 versprochen. Seitdem ist nichts geschehen.

- Beabsichtigt der Bundesrat, diesbezüglich tätig zu werden?
- Innerhalb welcher Frist?

18.5045 Schneider Schüttel. Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Motivationsumkehr

Die vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe schlägt mit Bericht vom 24. August 2017 Massnahmen zur Dämpfung der Kosten im Gesundheitswesen vor. Viel Neues enthält er nicht.

- Teilt der Bundesrat die Meinung, dass es ein grundlegendes Umdenken im Gesundheitswesen braucht, indem die Verfahren statt an der Menge am Heilungserfolg gemessen werden und somit die Effizienz honoriert wird?
- Oder neue Modelle entwickelt werden, die auf der Erhaltung der Gesundheit und nicht der Behandlung der Krankheit beruhen?

18.5049 Herzog. Tarmed. Rechtliche Bedenken des Bundesamtes für Justiz übergangen?

Der Bundesrat hat in den Jahren 2014 und 2017 zweimal den Tarmed revidiert. Das Bundesamt für Justiz meldete gemäss Recherchen von Tagesanzeiger und Weltwoche grosse Vorbehalte an.

Warum flossen diese Vorbehalte nicht in den Entscheid ein?

18.5073 Herzog. Tarmed. Was stand im Bundesrats-Antrag?

Gemäss Recherche der Weltwoche, wurden die Vorbehalte des Bundesamts für Justiz in der Gesamtheit berücksichtigt.

Was heisst dies?

18.5054 Ruiz Rebecca. Geniesst die Klinik Corela weiterhin das Vertrauen des BSV?

Die auf medizinische Gutachten spezialisierte Privatklinik Corela (mittlerweile umbenannt in MedLex) wurde kürzlich vom Kanton Genf vorübergehend gesperrt, weil sie tiefgreifende Veränderungen an Gutachten vorgenommen hatte.

- Gehört diese Klinik nach wie vor zu den Medizinischen Abklärungsstellen (Medas), die eine Vereinbarung mit dem BSV eingegangen sind, wie dies auf der Website von SuisseMED@P angegeben ist?
- Sieht das BSV in diesem Fall die Auflösung der Verwaltungsvereinbarung mit Corela vor, sodass diese nicht weiter als Medas fungieren kann?

18.5060 Reynard. HIV-Heimtests bald zugelassen?

HIV-Heimtests sind beispielsweise in Frankreich und den USA seit einigen Jahren gang und gäbe. Nach Informationen in der Presse habe sich ein französisches Unternehmen an die Bundesbehörden gewandt, um dieses Produkt, dessen Nutzen von Präventionsfachleuten anerkannt ist, auf den Schweizer Markt zu bringen. Zudem will die Eidgenössische Kommission für sexuelle Gesundheit die Problematik demnächst erneut diskutieren.

Plant die Schweiz, diese Heimtests endlich zuzulassen, und wenn ja, innerhalb welcher Frist?

18.5079 Steinemann. Wer sitzt überproportional in den Gefängnissen der Schweiz?

Die kürzlich erschienene Insassenstatistik lässt politisch unkorrekte Tatsachen unbeantwortet, die indes für die Öffentlichkeit von Relevanz sind.

1. Um welchen Faktor sind Ausländer häufiger als Schweizer in Gefängnissen vertreten?
2. Um welchen Faktor sind Muslime häufiger als andere Religionen/Religionslose vertreten?
3. Um welchen Faktor sind Asylpersonen häufiger vertreten?

18.5096 Vogler. Engpässe bei Impfstoffen und Antibiotika

Die Sicherstellung der ausreichenden Versorgung unserer Bevölkerung mit bestimmten Impfstoffen und Antibiotika ist ein ernsthaftes Problem. Das ergibt sich auch aus der Antwort des Bundesrates zur Frage 17.5626.

- Erachtet der Bundesrat die Pflichtlagerhaltung als ausreichende Massnahme, um die diesbezügliche Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen?
- Oder erachtet er weitere Massnahmen als angebracht?
- Wenn ja, welche?

18.5097 Barrile. EL-Abzug auch für Personen, die keine Wahl haben?

Die SGK-N hat bei der EL-Revision den Grundsatz beschlossen, dass die EL-Rente von Personen, die Freizügigkeits-Kapital bezogen und dieses vor dem EL-Bezug vollständig oder teilweise aufgebraucht haben, pauschal um 10 Prozent gekürzt wird. Würde diese Regelung auch für Personen mit voller IV-Rente gelten, die von den EL-Stellen gezwungen werden, sich ihre Freizügigkeitsgelder auszahlen zu lassen und diese als Erstes für ihren Lebensunterhalt verzehren müssen (Art.16 Abs. 2 der Freizügigkeitsverordnung)?

18.5099 Sommaruga Carlo. Karenzfrist für den Bezug von Ergänzungsleistungen. Nachteile für rückkehrende Auslandschweizerinnen und -schweizer

Im ELG soll gemäss SGK-NR eine Karenzfrist von 10 Jahren für den Bezug von EL eingeführt werden. Davon sind auch aus dem Ausland rückkehrende Schweizerinnen und Schweizer betroffen, wenn sie in den letzten 10 Jahren ausserhalb des EU-Raumes gelebt haben. Und zwar unabhängig davon, ob sie früher in der Schweiz gelebt haben.

- Wie viele Personen sind von dieser Massnahme betroffen?
- Wie gross sind die Einsparungen bei der EL?
- Kommt es deswegen zu Kostenverlagerungen auf die Kantone/Gemeinden?

18.5108 Gysi. Lohnexzesse von Chefärzten

Lohnexzesse im Gesundheitswesen und die Vergütungspraxis von Chefärzten werden derzeit stark kritisiert und sind nicht tolerierbar.

- Welchen Handlungsspielraum auf nationaler Ebene sieht der Bundesrat dagegen vorzugehen, da die Spitäler kantonaler Gesetzgebung unterstehen und der Bund nicht Tarifpartner ist?
- Welche Massnahmen ergreift er?
- Sind Gesetzesanpassungen nötig?

18.5120 Leutenegger Oberholzer. Explodierende Ärzteteinkommen

Gesundheitskosten und Prämien steigen. Die Akteurinnen und Akteure in diesem Anbietermarkt haben wenig bis keine Sparanreize. Gemäss der Sendung Rundschau von SRF verdienen bestimmte Ärztekategorien ein Einkommen von einer Million und mehr Franken im Jahr, darunter festangestellte Spitalärzte.

- Wie beurteilt der Bundesrat Ärzteteinkommen von 1 Million Franken und mehr im Jahr?
- Welche konkreten Informationen bestehen über die Einkommen von Spezialärzten, von leitenden Ärzten in Spitälern, von Praxis-Ärzten, einschliesslich der Gewinnausschüttungen von Praxen in Form juristischer Personen?
- Wie kann mehr Transparenz über die Ärzteteinkommen hergestellt werden, differenziert nach Versicherungstyp?

18.5115 Schneider Schüttel. Erhaltung der Zirkusse in der Schweiz

Zirkusbesuche gehören zu den eindrücklichsten Kindheitserinnerungen, und auch Erwachsene haben noch Freude daran. Der Zirkus bildet eine schöne Tradition in der Schweiz, aber auch auf europäischer Ebene, wo bereits dessen Anerkennung als Teil der Kultur Europas diskutiert wurde. Allerdings kämpfen die Zirkusunternehmen in der Schweiz, v.a. kleinere, ums Überleben.

- Sieht der Bundesrat eine Möglichkeit, die Zirkusse zwecks Erhaltung dieser Kultur zu unterstützen?
- Wenn ja, in welcher Art?

Büro**18.5092 Sommaruga Carlo. Parlamentarische Beziehungen zu Russland: Wo bitte ist die Kohärenz?**

Vor einigen Tagen empfing unser Parlament mit grossem Tamtam den Vorsitzenden der russischen Duma, Wjatscheslaw Wolodin, der dem autokratischen Präsidenten Wladimir Putin sehr nahesteht und das Ziel europäischer Sanktionen ist.

Und das, obwohl Russland zweifelsohne für Handlungen verantwortlich ist, die unserer Souveränität und unseren Werten widersprechen:

- Cyber-Attacken in der Schweiz auf die RUAG und das EDA;
- die Annexion der Krim;
- Bombardierungen der Zivilbevölkerung in Syrien.

Wo ist die politische Kohärenz?